

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 34/3 (2007)

DOI: 10.11588/fr.2007.3.50805

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Unis et l'Angleterre ne résulte pas seulement d'une anglophilie, que justifierait en grande partie le souci de se ranger désormais aux côtés des « vainqueurs véritables » (p. 50). De notre point de vue, Steinkühler n'a pas assez pris en considération l'impact de la politique française sur les positionnements et les décisions de Bonn, de même que, dans les années qui pavent le chemin vers le traité, la politique européenne du général de Gaulle n'est pas évaluée à sa juste mesure. Ainsi la question du projet d'union politique de l'Europe et l'échec des « plans Fouchet », en 1961/62, est mentionnée « en passant » et inexactement: il n'est pas sûr que de Gaulle ait voulu respecter les étapes déjà réalisées en matière d'intégration européenne (p. 19) quand on sait qu'il tenta de réintégrer l'économie dans le domaine de la coopération intergouvernementale (plan Fouchet II). L'échec du projet multilatéral européen comme étape fondamentale dans la voie du bilatéralisme franco-allemand laisse déjà entrevoir les difficultés qui devaient apparaître au lendemain de la signature du traité. L'orientation vers Londres et Washington, pour une République fédérale dont la sécurité dépendait largement de l'OTAN, se fondait donc sur des stratégies qui dépassent largement la francophobie ou le manque de sympathie pour le voisin immédiat.

Poursuivons la thèse de l'auteur: il affirme que la compromission des élites allemandes sous le III<sup>e</sup> Reich (indéniable) aurait sapé leur autorité par la suite et entravé le développement harmonieux des relations intergouvernementales franco-allemandes. Il en donne pour illustration le cas du chancelier Kiesinger. Certes, les autorités françaises connaissaient son passé, mais rien ne prouve, du temps de De Gaulle, que sa compromission ait été jugée par la partie française comme un obstacle à la coopération. Steinkühler pense démontrer le poids de ce passé en rappelant les honneurs décernés par Mitterrand à Beate Klarsfeld (p. 134–135), qui avait giflé publiquement le chancelier. Mais à l'époque, c'est elle qui fut congédiée de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse, dont elle était fonctionnaire à Paris, et Willy Brandt, auquel elle s'était adressée, refusa de la soutenir dans cette affaire<sup>1</sup>! Enfin, il est regrettable qu'un ouvrage présentant une telle perspective sur le parcours des individus n'offre pas au lecteur un index des noms des personnes.

Corine DEFRAANCE, Paris

Daniela GNISS, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf (Droste) 2005, 514 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 144), ISBN 3-7700-5264-1, EUR 64,80.

Eugen Gerstenmaier zählte fraglos zu den prominenten Köpfen der Union von 1949 bis 1969 und hat jetzt eine hervorragende Biographie gefunden. Der Sohn eines Handwerkers aus Kirchheim unter Teck mußte nach einer kaufmännischen Lehre und kurzfristiger Berufspraxis ein erhebliches persönliches Risiko eingehen, um seinen Traum vom Studium zu erfüllen. Die evangelische Landeskirche Württembergs ermöglichte dem begabten Eugen ein Studium von Theologie und Philosophie in Stuttgart und Rostock. Mutig trat der Student 1933/34 im Konflikt zwischen dem von Hitler eingesetzten Reichsbischof Müller und seinem Rivalen von Bodelschwingh für letzteren ein. Nach einem Vikariat in Gaildorf gelangte Gerstenmaier mit Hilfe des württembergischen Landesbischofs Wurm 1936 zum Kirchlichen Außenamt in Berlin. Dessen Leiter, Bischof Heckel, galt der Bekennenden Kirche ebenso wie Wurm als zu kompromißbereit gegenüber dem Regime. Die jeden Pragmatismus

1 Klarsfeld fut limogée de l'OFAJ dès l'automne 1967 pour avoir publié une tribune libre dans la revue «Combat», attaquant le passé de Kiesinger. Cf. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, B 94, vol. 1611, lettre de Beate Klarsfeld du 12 septembre et réponse de Brandt du 23 octobre 1967.

ablehnende Bekennende Kirche schloß den kirchlichen Diplomaten Gerstenmaier – der 1935 promoviert hatte – trotz dessen Distanz zum Nationalsozialismus in ihre Kritik ein.

In seiner Habilitationsschrift über Kirche und Schöpfung machte Gerstenmaier unverkennbare Konzessionen an den Zeitgeist, wobei seine Bewertung von Volk und Rasse selbst Zeitgenossen etwas zu sehr nach Verbeugung vor der NSDAP anmutete. Er wollte unbedingt Dozent werden. Gerstenmaier übernahm die völkische Ideologie nicht, legte sich aber auch nicht mit deren Vertretern in der Theologie an. Trotzdem wurde er abgewiesen. Als das Kirchliche Außenamt 1942/43 lahmgelegt worden war, fand Gerstenmaier den Weg zum Kreisauer Kreis und nahm in diesem Rahmen auch am 20. Juli 1944 teil, wenngleich er keine wesentliche Rolle spielte. Er wurde verhaftet und dem »Volksgerichtshof« Freislers vorgeführt. Gerstenmaier war angeblich selbst erstaunt darüber, nur zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden zu sein, anstatt wie seine Mitverschworenen zum Tod durch den Strang. Ob die Pose des weltfremden Theologen wirklich den Ausschlag gegeben hat, bleibt unklar.

Schon im Krieg dachte er über ein Evangelisches Hilfswerk nach und packte es 1945 entschlossen an. Auf der Konferenz von Treysa (August 1945) zeigte sich die Dominanz der Bekennenden Kirche um Martin Niemöller in der neuorganisierten Evangelischen Kirche (EKD). Niemöller übernahm das Kirchliche Außenamt. Möglicherweise zur Besänftigung bekam Gerstenmaier für das Hilfswerk freie Hand und machte sich mit außerordentlicher Tatkraft ans Werk. Was der Konsistorialrat hier in den ersten Nachkriegsjahren geleistet hat, verdient eine ausdrückliche Würdigung. Die darbende Bevölkerung in Deutschland erhielt nicht zuletzt durch seine Energie Nahrungsmittel, Kleidung und manch anderes Lebensnotwendige. Allerdings ließ er seine Dünkelhaftigkeit aufblitzen. Die Unterabteilungen der Stuttgarter Zentrale seufzten unter seiner Bevormundung. Gerstenmaier dehnte die Aktivitäten des Hilfswerks immer weiter aus. Bald wurde es geradezu ein kapitalistisches Unternehmen mit gutem Zweck. Zur Linderung der Wohnungsnot wurde eine Siedlungsgesellschaft gegründet. Ferner besaß er maßgeblichen Einfluß auf die seit Juni 1948 erscheinende Tageszeitung »Christ und Welt«, die bewußt Glaube und Politik verbinden wollte. Er übernahm sich sichtlich mit dieser Fülle an Projekten und wurde der EKD geradezu unheimlich.

Gerstenmaier erkannte bei diesen vielfältigen Aktivitäten, wie sinnvoll politische Unterstützung für sein Hilfswerk wäre. Deshalb ließ er sich 1949 zu einer Kandidatur für den Bundestag »überreden«. Das christliche Weltbild der CDU entsprach voll seinen Überzeugungen. Die Wahl im Kreis Schwäbisch-Hall/Backnang stand auf des Messers Schneide. Sein ernsthaftester Konkurrent von der FDP/DVP unterlag nur um wenige hundert Stimmen und warf ihm einen Bestechungsversuch vor. Jedenfalls setzte Gerstenmaier Kräfte aus dem Hilfswerk für seinen Wahlkampf ein. Einen näheren Bezug zu seinem agrarisch geprägten Wahlkreis gewann er niemals.

Innerhalb der EKD hatte Gerstenmaier zahlreiche Gegner, die an der Personalunion von Hilfswerksvorsitz und Bundestagsmandat rüttelten. Auf dem Essener Kirchentag im August 1950 plädierte er derart unverblümt für eine Remilitarisierung der Bundesrepublik, daß die Empörung groß war. Der überwiegende Teil der von Persönlichkeiten wie Niemöller, Gustav Heinemann, Helmut Gollwitzer und Heinrich Albertz geprägten EKD dachte pazifistisch. Einen erheblichen Prestigeverlust erlitt Gerstenmaier durch die Affäre beim Hilfswerk vom Frühjahr 1951. Zwar mußte der »Spiegel« unvorsichtige Behauptungen über eine Bereicherung Gerstenmaiers zurücknehmen, aber dessen Versagen als verantwortlicher Leiter des Hilfswerks in diesem Zusammenhang ist offenkundig. Das Hilfswerk zahlte an die amerikanische Militärregierung wegen Devisenvergehen 100 000 DM Bußgeld. Im Herbst 1951 mußte Gerstenmaier trotz heftigen Widerstrebens und Unterstützung des Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Otto Dibelius, die Leitung des Hilfswerks niederlegen. Das lag nicht zuletzt daran, daß er sich bei seiner Verteidigung im Ton vergriff.

Im Bundestag ging der Theologe mit dem für ihn bezeichnenden Elan ans Werk. Im Flüchtlingsausschuß konnte er segensreich wirken, da er in diesem Bereich besonders ver-

siert war. Der zweite Schwerpunkt seines Wirkens im Bundestag lag in der Außenpolitik. Erstaunlicherweise brachte es der junge Abgeordnete gleich zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten, was für seine Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit spricht. Er avancierte zum entschiedenen Befürworter der Außenpolitik Adenauers, ganz besonders bei der europäischen Integration und der Wiederbewaffnung. Gerstenmaier bevorzugte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) klar gegenüber einem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO – doch Gniss erweckt den Eindruck, er habe punktuell geschwankt und im März 1953 eine deutsch-amerikanische Militärvereinbarung anstelle der maroden EVG favorisiert. Völlig unbefangen konstatiert sie, er habe dabei auch eine Vermittlung von atomarem Know-How einbezogen (S. 271). Diese ebenso spektakuläre wie unrealistische Vorstellung bedürfte schon der Kommentierung.

Trotz der nach außen hin demonstrativen Unterstützung Adenauers scheint Gerstenmaier insgeheim eine aktivere Ostpolitik gewünscht zu haben. Er plädierte nach dem Gro-tewohl-Brief vom November 1950 für Gespräche mit der SED-Führung und trat auch nach der Stalin-Note vom März 1952 für ein Ausloten der bestehenden Chancen ein. Adenauer sollte Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbieten! Im Dezember 1952 schickte er Adenauer diesbezüglich einen Grundsatzbrief, den er gar notariell beglaubigen ließ.

In der Beratenden Versammlung des Europarats fiel er besonders 1953/54 beim van-Naters-Plan zur Europäisierung der Saar auf. Gniss hat auch dieses verwickelte Gespinnst gut erforscht, die Literatur zu seinen Saar-Aktivitäten aber nur partiell rezipiert. Deshalb wird ihr nicht voll bewußt, daß Gerstenmaier *à tout prix* eine Realisierung dieses Projekts aus brennendem Ehrgeiz und wegen einer zu dieser Zeit geradezu missionarische Züge aufweisenden Europa-Gesinnung erreichen wollte. Hallstein bremste ihn im Frühling 1954 nicht wegen persönlicher Eifersüchteleien, sondern weil Gerstenmaier längst jedes Gespür für die aus deutscher Sicht unvorteilhaften Bestimmungen des van-Naters-Plans verloren hatte. Im November 1954 kandidierte er nach dem plötzlichen Tod von Hermann Ehlers auf Drängen Adenauers als Bundestagspräsident. Sein Beinahe-Scheitern war sicherlich noch stärker auf die Unbeliebtheit des hemdsärmeligen Politikers zurückzuführen, als Gniss wahrhaben will. Sogar viele Parlamentarier der CDU stimmten gegen den robusten Theologen. Zudem: Wollte Adenauer nicht doch Gerstenmaier als potentiellen Widersacher »wegkomplimentieren«?

Unterschwellig blieb stets ein Mißbehagen Gerstenmaiers über seinen Ausstieg aus der Tagespolitik, der dauerhaft sein sollte. Indessen stürzte er sich durchaus engagiert auf sein neues Amt und kümmerte sich um Arbeitsweise und Erscheinungsbild des Bundestages. Der Wiederaufbau des Berliner Reichstags, vor allem aber das nach ihm benannte, in den 1960er Jahren errichtete Abgeordnetenhochhaus »Langer Eugen« – dessen Bau er trotz explodierender Kosten beharrlich förderte – haben sich dem Gedächtnis der Nation eingepägt. Gerstenmaiers Streitlust blieb, sein Einfluß auf die Politik sank.

Sein Hang zur Überparteilichkeit verstärkte sich durch das neue Amt – zum Leidwesen seiner Parteifreunde. Als Abgeordneter der Union sprach Gerstenmaier nur fünfmal während seiner 14jährigen Präsidentenzeit. Auf den Parteitagen der CDU trat der am christlichen und sozialen Profil der Union feilende Schwabe hingegen häufig mit programmatischen Reden in Erscheinung. Auch dies ging mitunter daneben. So erregte sich Adenauer 1960 über dessen Lob für das Godesberger Programm der SPD. Gerstenmaier bewerkstelligte, daß der Bundestag häufig in Berlin tagte. Die Wahl der Bundespräsidenten zwischen 1959 und 1969 fand auf sein Betreiben in der Berliner Ostpreußenhalle statt. Im Jahre 1959 gab es deswegen Zwistigkeiten mit Adenauer und von Brentano, die infolge des sowjetischen Berlin-Ultimatums einen Zusammenstoß mit der UdSSR befürchteten. Schon 1955 plädierte Gerstenmaier für eine Intensivierung des Dialogs mit Moskau bei gleichzei-

tiger Stigmatisierung Pankows. Damit einher ging eine Neigung zu einer gemeinsamen Außenpolitik von Union und SPD. Im Sommer 1957 ärgerte sich der Kanzler über ihn, weil er seine parteiübergreifenden Entspannungsideen öffentlich anpries, während Adenauer den Wählern begreiflich zu machen suchte, daß ein Wahlsieg der SPD im Herbst zum Untergang Deutschlands führte. Im Januar 1958 riet der Bundestagspräsident, auf einer kommenden Gipfelkonferenz über einen Friedensvertrag für Deutschland zu verhandeln. Danach hielt er sich zurück, um am 30. Juni 1961 einen Paukenschlag zu landen: Diesmal sprach er nämlich in der letzten Sitzung des Bundestages vor Ende der Legislaturperiode ohne Abstimmung mit der Bundesregierung von seiner Idee einer gemeinsamen Außenpolitik von CDU/CSU und SPD sowie einem Friedensvertrag. Dies führte zu einer Konfrontation mit Adenauer und von Brentano, die nicht zu Unrecht argwöhnten, Gerstenmaier wolle sich als Kanzler einer großen Koalition bzw. als Außenminister empfehlen. Dieses Motiv leitete ihn wohl auch während der Krise um die Nachfolge von Bundespräsident Heuss 1959. Gerstenmaier drängte Adenauer, in die Villa Hammerschmidt zu wechseln, und war empört über dessen Rückzieher, der besonders durch die drohende Amtsübernahme Erhards begründet war. Am Koalitionspoker nach der Bundestagswahl vom Herbst 1961 beteiligte sich Gerstenmaier eifrig. Wie Erhard zögerte er indes, Adenauer offen den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Unter Bundeskanzler Erhard mischte sich Gerstenmaier in den Konflikt zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« ein, wobei er mit dem »Ellipsen«-Modell – Frankreich in der Verteidigung neben den USA als zweites Zentrum des westlichen Bündnisses – keines der beiden Lager zu überzeugen vermochte. In einem unglücklichen »Bild«-Interview vom 7. November 1964 nach einem Paris-Besuch zieh er die Bundesregierung der Vernachlässigung der deutsch-französischen Beziehungen. Gerstenmaier zweifelte zunehmend an den Fähigkeiten Erhards, den er nur unterstützt hatte, um den ungeliebten Gerhard Schröder vom Palais Schaumburg fernzuhalten. Gerstenmaier gehörte 1966 zu den heißesten Kandidaten als Kanzler einer Großen Koalition. Doch Kiesinger behielt die Oberhand, und Gerstenmaier mußte auch seine Hoffnung auf das Außenministerium begraben, das Willy Brandt zufiel.

Gerstenmaier entpuppte sich als reiselustiger Bundestagspräsident. Besonders Lateinamerika, Israel und Afrika hatten es ihm angetan. Er wirbelte dabei nicht selten Staub auf. In Schwarzafrika kümmerte er sich 1961 zum Verdruß des Außenministers um Entwicklungshilfe, in Israel wollte er 1962 das Verhältnis zu Bonn der Normalisierung näherbringen, was zu Verstimmungen der arabischen Länder führte. 1964 bemühte er sich in Kairo vergeblich, Nasser von einer Anerkennung der DDR abzuhalten. Wegen seiner offenen Worte an die Machthaber der DDR war er im Visier der Stasi, die in den 1960er Jahren Difamierungskampagnen steuerte. Der Angegriffene strafte seine Verleumder mit Nichtachtung. Erst als ihn die »Soldatenzeitung« wegen seines Prozesses gegen General Ramcke um seine Rolle am 20. Juli attackierte, erstellte Schlabrendorff 1965 eine Rechtfertigungsschrift. Sie fiel ebensowenig überzeugend aus wie eine Publikation der DDR von 1969, die Beweise für Gerstenmaiers »Verrat« an den Protagonisten des Widerstandes schuldig blieb.

Der Bundestagspräsident trat Ende Januar 1969 zurück. Die Ursache dafür waren üppige Wiedergutmachungsleistungen für die ihm entgangene Dozentenstelle im Dritten Reich. Es wurde ihm nicht nur vorgeworfen, die gesetzliche Grundlage dafür beeinflußt zu haben. Vielmehr war die aufbrausende Art, mit der er auf Kritik reagiert hatte, mindestens ebenso fatal. Bereits 1967 hatte er durch eine Grundstücksspekulation einen Streit mit der Stuttgarter Stadtverwaltung vom Zaun gebrochen, der an seinem Renommee zehrte. Nun verlor er in seiner Fraktion jeden Rückhalt und zog verbittert die Konsequenz. Seine Hoffnung auf eine Fortsetzung seiner politischen Laufbahn zerschlug sich, denn sein Landesverband Nordwürttemberg weigerte sich, ihn nochmals für den Bundestag zu nominieren. Zornbeben, aber auch deprimiert, kehrte er der Politik den Rücken.

Gerstenmaier hielt die Ostpolitik der Regierung Brandt für verfehlt und fand die Gegenwehr der CDU/CSU zu lasch. Erst Ende der 1970er Jahre näherte er sich seiner Partei wieder an und erreichte dank seiner Verbindung zu Helmut Kohl die Bildung eines Seniorenrats. Ansonsten war er in zahlreichen Aufsichtsräten und öffentlichen Institutionen engagiert. Viel Zeit opferte er seiner Arbeit als Vorsitzender der Deutschen Afrika-Gesellschaft, doch dies endete wie zahlreiche andere Tätigkeiten Gerstenmaiers im Zerwürfnis. Selbst das »Hilfswerk des 20. Juli 1944«, die EKD oder die Wochenzeitung »Christ und Welt« bekamen seinen Groll zu spüren. Nach mehrjährigem Herzleiden starb der zurückgezogen in Oberwinter bei Bonn lebende Gerstenmaier im März 1986.

Das Buch von Gniss ist eine echte Bereicherung der Biographienlandschaft in Deutschland. Sie hat auf allen Themengebieten die Aktivitäten Gerstenmaiers über Jahrzehnte hinweg gründlich recherchiert. Ihre ausgiebigen Fußnoten verraten, daß die Biographie hätte deutlich umfangreicher sein können. Die Präsentation des Stoffes erscheint nicht immer optimal. Es bleibt unerfindlich, warum Gniss die Erörterung des Hilfswerk-Skandals von 1951 aufspaltet (S. 242f., 258–262) und hauptsächlich in das Kapitel »Außenpolitik« verlegt, wo sie nicht hinpaßt. Die Gedankenführung ist bei den außenpolitischen Aspekten bisweilen unklar. Gniss reflektiert nicht darüber, wie die resolute Befürwortung der Westintegration bis 1954 mit der geheimgehaltenen, erstaunlich weitgehenden deutschlandpolitischen Verhandlungsbereitschaft Gerstenmaiers in Einklang zu bringen ist. Nach 1954 verlagerte sich sein Interesse vollends auf die gesamtdeutsche Ebene, wo er eigenwillige, die bisher vorsichtige Ostpolitik hinwegfegende Initiativen startete. Was vorher subkutan vorhanden war, trat jetzt in den Blickpunkt. Der Leser rätselt, was hinter diesem Wandel steckte. Lag der Primat bei Europa oder bei der deutschen Einheit – und ab wann? Gerstenmaiers Bedeutung als Außenpolitiker bedarf noch der analytischen Vertiefung.

Sein an Machtgier grenzender Ehrgeiz hätte als Triebfeder seines Handelns vielleicht noch stärker herausgestellt werden können. Die Autorin verschleiert die Unbeherrschtheiten des Politikers aus Kirchheim mitnichten, zeigt aber ein gewisses Maß an Schonung. Seine Affären werden stets milde beurteilt, obwohl zumeist einiges gegen Gerstenmaier sprach und er niemals eigene Mißgriffe zugab. Der Konsistorialrat hat zeit seines Lebens nicht begriffen, daß seine Arroganz und seine Schroffheit der Karriere abträglich waren. Auch Politiker brauchen in entscheidenden Augenblicken loyale Verbündete. Opportunistische Manöver vor Wahlen und angriffslustige Rechthaberei bildeten eine verhängnisvolle Kombination. Gerstenmaier überschätzte seine gewiß hohen intellektuellen Fähigkeiten und vermochte es nicht, seinen Mitmenschen mit dem stets gebotenen Respekt zu begegnen. Hier liegt die Hauptursache für sein Scheitern, als er nach höchsten Staatsämtern strebte.

Herbert ELZER, Andernach

Werner FAULSTICH (Hg.), *Die Kultur der 60er Jahre*, Paderborn (Wilhelm Fink) 2003, 306 p. (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts), ISBN 978-3-7705-3873-7, EUR 41,90.

According to Werner Faulstich, editor of this volume, existing histories of the 1960s in the Federal Republic of Germany suffer from major deficiencies. Some accounts emphasize politics and current events at the expense of culture, while those that do purport to examine culture choose their topics very selectively, typically focusing on what has often been labeled »high culture« – literature, art, music, theater and film. Such an emphasis, Faulstich argues, ignores many other forms of culture such as sports, religion, photography and radio. Finally, most descriptions of these decades rely too heavily on vague, almost clichéd formulas and slogans, such as »between pragmatism and utopia, or »cultural shifts«.

Faulstich's latest volume, one in a series that examines the cultural history of the 20<sup>th</sup> century, attempts to overcome these deficiencies. This collection of 17 individual contribu-